

## ***Parlamentswahlen im Irak: Licht am Ende des Tunnels?***

Henner Fürtig

Am 7. März 2010 haben die Iraker zum dritten Mal in fünf Jahren ein neues Parlament gewählt. Über 6.000 Kandidaten, darunter knapp 1.800 Frauen, hatten sich um die 325 Parlamentssitze beworben. Die Wahlkommission erklärte das Parteibündnis „Al-Iraqiya“ um den ehemaligen Ministerpräsidenten Iyad Allawi am 26. März 2010 zum knappen Sieger.

### **Analyse**

Die mehrfache Verschiebung des Wahltermins, der von Gewalt überschattete Wahlkampf und das unklare Wahlergebnis künden von anhaltenden Schwierigkeiten im institutionellen Wiederaufbauprozess des irakischen Staates. Andererseits beweisen die hohe Wahlbereitschaft und -beteiligung das große Interesse der Wählerinnen und Wähler, Chancen auf demokratische Mitbestimmung trotz widriger Umstände zu nutzen. Durch drei in fünf Jahren landesweit abgehaltene Parlamentswahlen, eine Regionalratswahl sowie ein Verfassungsreferendum gewann die irakische Bevölkerung zudem wertvolle Erfahrungen in der partizipativen Politikgestaltung. Trotzdem fällt die Einschätzung der jüngsten Parlamentswahlen sehr widersprüchlich aus.

- Das Streben der Bevölkerung nach Stabilität und Sicherheit sowie nach der Bewahrung des irakischen Zentralstaates war wahlentscheidend, obwohl die Stimmen weiterhin im wesentlichen entsprechend der ethnischen bzw. konfessionellen Zuordnung der jeweiligen Wahlblöcke abgegeben worden waren.
- Die Wahlen führten zu einem erheblichen Personalaustausch in Parlament und Regierung. Demokratisches Verhalten gewann damit an Ansehen bei der Wählerschaft.
- Der hohe Fragmentierungsgrad der irakischen Gesellschaft und das außerordentlich hohe Niveau der Gewaltbereitschaft blieben bestehen. Verfassungsrechtliche Schwächen befördern einen gefährlichen politischen Schwebestand.
- Die Wahlergebnisse bestimmen in mittelfristiger Perspektive den Charakter des irakischen Staates, weshalb sowohl interne als auch externe Akteure intensiver als bei vorangegangenen Wahlen Einfluss auf deren Umsetzung zu nehmen versuchen.

*Schlagwörter: Irak, Parlamentswahlen, Parteienlandschaft, Gewalt*

## 1. Deformationen des politischen Rekonstruktionsprozesses nach 2003

Das Fehlen eines tragfähigen Wiederaufbauplanes nach dem militärischen Sturz Saddam Husseins im April 2003 manifestierte sich am eklatantesten in der Entscheidung der „Coalition Provisional Authority“ (CPA), der Zivilbehörde der US-Besatzungsmacht im Irak, die Neuordnung des Irak auf der Grundlage ethnischer und konfessioneller Kategorien vorzunehmen. Am 13. Juli 2003 besetzte die CPA den „Iraqi Governing Council“ (IGC), die erste irakische Selbstverwaltungsinstitution nach dem Regimewechsel, nach einem strikten ethnisch-konfessionellen Proporz.<sup>1</sup> Der Proporz war für alle weiteren administrativen Einrichtungen bis zum Ende der Direktverwaltung im Sommer 2004 verbindlich, wirkte aber auch danach nachhaltig weiter. Für die politische Landschaft im Allgemeinen und die Parteienstruktur im Besonderen bedeutete die CPA-Strategie, dass säkular bzw. national orientierte Gruppierungen vorerst kaum Entfaltungsmöglichkeiten erhielten und sich machtbewusste, oder auch nur gestaltungswillige Iraker in ethnisch bzw. konfessionell definierten Parteien organisierten.

Der von den USA unterstützte Ministerpräsident der irakischen Übergangsregierung, Iyad Allawi, dem die CPA am 28. Juni 2004 die Amtsgeschäfte übergeben hatte, gehörte zu den ersten prominenten politischen Opfern dieser Entwicklung. Sein säkular und nationalistisch ausgerichtetes Parteieinbündnis „Iraqi List“ erzielte in den ersten Parlamentswahlen nach dem Regimewechsel am 30. Januar 2005 nur 14 Prozent der Stimmen und belegte damit 40 Oppositionssitze in der 275 Sitze umfassenden provisorischen Nationalversammlung.

Sieger wurde die „United Iraqi Alliance“ (UIA), die sogenannte Schiitenliste, deren stärkste Einzelpartei der 1982 im iranischen Exil gegründete „Islamic Supreme Council of Iraq“ (ISCI) war, zu der aber u.a. auch die prominente, 1958 gegründete *Da'wa*-Partei (Partei des islamischen Rufes) gehörte. Mit 140 Sitzen galt die UIA zwar als unbestrittener Wahlsieger, eine Zweidrittelmehrheit hatte sie aber verfehlt. Dafür benötigte sie die 75 Mandate der kurdischen Wahlallianz aus

„Kurdish Democratic Party“ (KDP) und „Patriotic Union of Kurdistan“ (PUK), die somit das „Zünglein an der Waage“ bildete.<sup>2</sup> Der große Erfolg von Schiiten und Kurden wurde allerdings durch einen fast vollständigen Wahlboykott seitens sunnitischer Organisationen erleichtert.

Letztere zogen aus dem Desaster vom Januar insofern Lehren, als dass sie sich an den Parlamentswahlen vom 15.12.2005 nun erstens beteiligten und zweitens – nach schiitischem Vorbild – Koalitionen bildeten. Das in Parteien organisierte sunnitische Lager präsentierte sich vor allem durch die „Irakische Konsensfront (*al-tawafuq*)“, mit der „Iraqi Islamic Party“ (IIP) als stärkster Einzelpartei, und die „Irakische Front des Nationalen Dialogs“ (*al-hiwar*). Trotzdem bestätigte die schiitische UIA ihre Favoritenrolle auch bei den zweiten Parlamentswahlen mit dem Gewinn von 128 Sitzen. Dieses Mal verfehlte sie jedoch die Mehrheit. Selbst dafür benötigte sie erneut die Mitwirkung der Kurden, die 53 Mandate errangen. Für eine Zweidrittelmehrheit waren sogar die Stimmen einer dritten Partei notwendig. Somit führte das Wahlergebnis zunächst nicht zu stabileren Verhältnissen. Die Regierungsbildung unter dem Schiiten Nuri al-Maliki (*Da'wa*-Partei) gelang erst am 21. Mai 2006.

Gleichzeitig entfalteten Zwangsethnisierung und -konfessionalisierung das volle Ausmaß ihrer verheerenden Wirkung. Sunniten und Schiiten, Kurden und Araber, sowie zahllose kleinere ethnische und konfessionelle Gruppen beriefen sich selten auf Programme und Ideen, um Interessen zu artikulieren und durchzusetzen, sondern sie bemühten dazu fast ausschließlich Glauben und Herkunft. Das führte zwangsläufig zu einer enormen Verschärfung der politischen Situation, denn Widerspruch zu eigenen Standpunkten wurde so fast durchweg als grundsätzlicher Angriff auf den jeweiligen Glauben interpretiert. Vor diesem Hintergrund geriet es zum unheilvollen Brauch, insbesondere religiöse Symbole und Zeremonien des Gegners gewaltsam zu attackieren. Die nicht enden wollende Kette blutiger Übergriffe forderte 2006 allein unter der Zivilbevölkerung 34.000 Opfer. Weitere 36.000 Personen wurden nach Angaben der Vereinten Nationen verletzt.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> 13 arabische Schiiten, fünf arabische Sunniten, fünf kurdische Sunniten, ein turkmenischer Sunnit, ein Christ (23 Männer, zwei Frauen). Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/Main, 15.7.2003.

<sup>2</sup> Financial Times, London, 14.2.2005.

<sup>3</sup> Vgl. <http://www.uniraq.org/FileLib/misc/HR%20Report%20Nov%20Dec%202006%20EN.pdf>.

## 2. Die Wiederentdeckung von „Patriotismus“ und „Stabilität“

Im Sommer 2006 überwarfen sich die Extremisten von „*al-Qa'ida* im Zweistromland“, dem irakischen Ableger des transnational agierenden Terrornetzwerks *al-Qa'ida*, mit ihren bisherigen sunnitischen Verbündeten im Irak, nachdem sie versucht hatten, in ihren Operationsgebieten mit drakonischen Methoden ihre Vorstellung von einem islamischen Gemeinwesen durchzusetzen und überdies klarzustellen, dass die transnationalen Ziele von *al-Qa'ida* über nationalen Erwägungen stünden. Die dadurch in ihrer Autorität herausgeforderten sunnitischen arabischen Stammesführer entschieden sich in dieser Situation einer nach dem anderen zu einem Bruch mit *al-Qa'ida*. Ihre Milizen, demonstrativ „Sons of Iraq“ (SoI) genannt, suchten in dem Maße die Kooperation mit ihren bisherigen Gegnern, namentlich den US-Truppen, wie *al-Qa'ida* auf diesen Bruch mit Terror reagierte.

Der sich anbahnende Umschwung im Kräfteverhältnis mündete in eine neue Taktik, die US-Präsident Bush am 10. Januar 2007 unter der Bezeichnung *Operation Surge* bekannt gab.<sup>4</sup> Ab diesem Zeitpunkt operierten personell verstärkte US-Truppen gemeinsam mit den SoI-Milizen, und dies mit durchschlagendem Erfolg. Die Sicherheitslage in Bagdad und in den fünf vornehmlich von arabischen Sunniten bewohnten Provinzen besserte sich spürbar. Gegenüber 2006/07 war die Zahl der zivilen Opfer – selbst nach dem offiziellen Ende von „*Operation Surge*“ im Juli 2008 – um mehr als 75 Prozent zurückgegangen.<sup>5</sup>

In dem Maße, wie sich die arabischen Sunniten wieder in den politischen Rekonstruktionsprozess integrierten, wuchsen im schiitischen Lager die Rivalitäten. Zunächst spitzten sich die Widersprüche zwischen den saturierten, Macht ausübenden Schiitenparteien (ISCI, *Da'wa*) auf der einen, und – tatsächlichen, oder vermeintlichen – schiitischen Verlierern des Neuordnungsprozesses auf der anderen Seite zu. Letztere werden in erster Linie von dem charismatischen Prediger Muqtada as-Sadr und seinen Anhängern (*sadriyyun*) bzw. Milizen (Mahdi-Armee) repräsentiert. Im März 2008 kam es in der Umgebung von Bas-

ra zu einer militärischen Konfrontation zwischen Ministerpräsident Maliki und Muqtada as-Sadr, die mit einer Niederlage Sadrs endete. Kaum war diese Entscheidung gefallen, brachen die bis dato nur aus pragmatischen Gründen unterdrückten Widersprüche zwischen ISCI und *Da'wa*-Partei offen aus.

Zunächst hatte der ISCI den folgenschweren Fehler begangen, sich für eine stärkere Föderalstruktur Iraks einzusetzen, das heißt, dem schiitisch dominierten Südirak ähnliche Autonomierechte einzuräumen wie den kurdischen Siedlungsgebieten im Norden. Da sich in beiden Gebieten der Löwenanteil der irakischen Erdölvorkommen befindet, sahen die Sunniten in der ressourcenarmen Mitte, aber auch alle am Fortbestand eines irakischen Zentralstaats Interessierten diese Idee als „Verrat am Vaterland“ an.<sup>6</sup>

Maliki besetzte geschickt das Kontrastprogramm und gerierte sich im Verlauf des Jahres 2008 zunehmend als Garant und Sachwalter des Fortbestands des Irak als Zentralstaat. Sowohl durch die militärische Zerschlagung der gefürchteten „Mahdi-Armee“ seines Glaubensbruders Muqtada as-Sadr als auch durch die – wenn auch nie reibungslose – Eingliederung der SoI in die militärischen Strukturen des Staates erwarb er den Respekt der Sunniten – Nicht zuletzt gewann Maliki bei nahezu allen Landsleuten durch seine geschickte Verhandlungsführung bei der Festlegung eines „Status of Forces“-Abkommens (SOFA) mit den USA und der Festlegung einer genauen Terminierung für den etappenweisen Rückzug der US-Truppen aus Irak an Statur.

Die Wahlen zu den – auf Grund ihrer Budgetautonomie außerordentlich starken – Provinzräten am 31.1.2009 entwickelten sich zu einem ersten Test für den Popularitätsgewinn Malikis. Sein gegen regionale, konfessionelle und ethnische Partikularinteressen gerichteter Wahlkampf erwies sich als sehr erfolgreich. Viele einflussreiche sunnitische Politiker und Organisationen hatten schon im Vorfeld verkündet, in umstrittenen Gebieten Allianzen mit Maliki einzugehen. In Bagdad und Basra erhielt dessen Liste mit 38 bzw. 37 Prozent den jeweils höchsten Stimmenanteil und in allen neun „Schiitenprovinzen“ gewann sie über 20 Prozent; kein „Kantersieg“, aber durchweg doppelt so viele Stimmen wie die ISCI-Kandidaten.<sup>7</sup>

<sup>4</sup> Vgl. <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2007/01/print/20070110-7.html>.

<sup>5</sup> Vgl. Stephen Biddle/Michael E. O'Hanlon/Kenneth M. Pollack: *The Evolution of Iraq Strategy*, New York 2008, S. 31.

<sup>6</sup> Vgl. *Iraq's Provincial Elections: The Stakes*, ICG Middle East Report 82, 27.1.2009, S. 14-20.

<sup>7</sup> Vgl. Joost R. Hiltermann, *Iraq's elections: winners, losers, and*

Nuri al-Maliki war damit der erste irakische Spitzenpolitiker, der den primären Wunsch der irakischen Bevölkerungsmehrheit nach Stabilität erkannt hatte und davon profitierte. Jahrzehnte von Krieg und Nachkrieg haben zu einer deutlichen Bevorzugung von Sicherheit und Stabilität vor anderen Kategorien wie etwa Demokratie und Freiheit geführt. Maliki war sich sicher, mit dieser Strategie auch das Erfolgsrezept für die Parlamentswahlen von 2010 zu besitzen.

### 3. Der Wahlkampf

Bereits unmittelbar nach den Provinzratswahlen begannen die innenpolitischen Kämpfe um die Zusammensetzung des Anfang 2010 zu wählenden Parlaments. Die verschiedenen Interessengruppen versuchten vor allem, sich in Auseinandersetzungen mit dem neuen „starken Mann“, Nuri al-Maliki, zu profilieren. Anhänger föderaler Strukturen warfen ihm verstärkt vor, er revitalisiere das von der Ba'athpartei favorisierte Zentralstaatskonzept. Kurdische Politiker verstärken diesen Vorwurf oft durch die Klage, Maliki habe die Deeskalation konfessioneller Widersprüche lediglich durch eine Verschärfung ethnischer Gegensätze ersetzt; er konstruiere eine schiitisch-sunnitische arabische Allianz gegen die Kurden.<sup>8</sup> Schiitische Opponenten warfen ihm genau das Gegenteil vor: seine Politik habe dazu beigetragen, aus dem vormals festen Block schiitischer Parteien ein Konglomerat von sich erbittert bekämpfenden Kleinparteien und einzelnen Politikern zu machen. Nutznießer seien die ehemaligen sunnitischen Herren.<sup>9</sup>

Gleichzeitig nutzte der islamistische Untergrund den gemäß SOFA beginnenden Rückzug der US-Truppen aus Städten und Dörfern für einen Test der Widerstandsfähigkeit der Regierung. Die Anzahl der Terroranschläge nahm deutlich zu und sollte auch bis zum Wahltag nicht mehr signifikant zurückgehen. Allein in Bagdad explodierten am 19.8.2009, 25.10.2009, 8.12.2009, 25.1.2010 und 7.3.2010 größere Sprengladungen und rissen Hunderte Menschen in den Tod. In dieser Atmosphäre begannen im Oktober 2009 die politischen

Auseinandersetzungen um ein neues Wahlgesetz. Vordergründig ging es dabei um die Bereinigung von Mängeln und Fehlern aus dem bestehenden, in vielen Aspekten noch provisorischen Gesetz und – nicht zuletzt – um seine Anpassung an die Bevölkerungsentwicklung seit dem letzten Zensus im Jahr 1997. Auf die eigentlich für August 2009 geplante neue Volkszählung wurde jedoch nicht nur aus Zeitgründen, sondern insbesondere wegen der Befürchtung, dass der Streit zwischen Arabern, Kurden und Turkmenen um die Zugehörigkeit der erdölbereichen Provinz Kirkuk sich zum Bürgerkrieg ausweiten könnte, verzichtet. Während die Parlamentsmehrheit aus schiitischen und kurdischen Parteien vor diesem Hintergrund im wesentlichen auf die Fortsetzung des Status Quo orientierte, drängten die sunnitischen Gruppierungen auf eine Verbesserung ihrer Wahlchancen. Als besonders probates Mittel wurde dabei die Einbeziehung von etwa 2 Millionen ins Ausland geflüchteter arabischer Sunniten angesehen. Schiitische und kurdische Parlamentarier lehnten das mit dem Argument ab, die Registrierung dieser Wähler im Ausland eröffne – nicht zuletzt den Regierungen der bevorzugten Aufenthaltsländer Syrien und Jordanien – inakzeptable Manipulationsmöglichkeiten.<sup>10</sup>

Diese sehr unterschiedlichen Positionen zögerten die Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes bis zum 8.11.2009 hinaus. Nur zehn Tage später belegte der sunnitische Vizepräsident Tariq al-Hashimi das Gesetz mit seinem Veto, das er mit „mangelnder Berücksichtigung der Interessen von Minderheiten und Exiliranern“ begründete.<sup>11</sup> Al-Hashimi zwang die Parlamentarier damit zu einer erneuten Überarbeitung des Gesetzes, das so schließlich erst am 9.12.2009 angenommen werden konnte. Unmittelbare Folge dieser Verzögerung war die Verlegung des Wahltermins vom 16.1. auf den 7.3.2010.

Das deutlichste Resultat der erneuten Überarbeitung zeigte sich in der Erhöhung der Parlamentssitze von 275 auf 325, um den Forderungen der Sunniten und der Minderheiten besser entsprechen zu können. Unabhängig vom Wahlergebnis ziehen auf jeden Fall fünf christliche und jeweils ein Abgeordneter der Jesiden, Mandäer und Schabak in das Parlament ein. Zudem wurde fest-

what's next, in: openDemocracy, 10.2.2009, S. 1ff.

<sup>8</sup> Vgl. Fred Halliday, Iraq in the balance, in: openDemocracy, 28.3.2009, S. 2.

<sup>9</sup> Vgl. Khair El-Din Haseeb, The occupation of Iraq: an exit proposal, in: Contemporary Arab Affairs, 1/2009, S. 6.

<sup>10</sup> Vgl. Iraq's Uncertain Future: Elections And Beyond. Brussels: International Crisis Group (Middle East Report No. 94, 25.2.2010), S. 23.

<sup>11</sup> Vgl. Ebenda, S. 22.

gelegt, das bereits bei den Provinzratswahlen vom Januar 2009 erprobte Arbeiten mit offenen Listen auch bei den Parlamentswahlen anzuwenden. Während bei den vorangegangenen Wahlen nur Listen als solche gewählt werden konnten, waren nun auch einzelne Kandidatinnen bzw. Kandidaten wählbar. Bestehen blieben hingegen die Übereinstimmung von Provinz und Wahlkreis, die Berechnungsgrundlage von jeweils 100.000 Einwohnern pro Parlamentssitz und die im Nahen Osten einmalige Frauenquote von 25 Prozent.<sup>12</sup>

Die Verabschiedung des Wahlgesetzes beruhigte den Wahlkampf aber nur vorübergehend, denn am 7.1.2010 entschied die von schiitischen Parlamentariern dominierte „Ent-Ba'thifizierungskommission“ (Justice and Accountability Commission – JAC), 15 Parteien von der bevorstehenden Wahl auszuschließen. Am 14.1.2010 ergänzte sie das Verbot durch die Hinzufügung von 511 Einzelpersonen, deren „enge Verbindung“ zum früheren Regime eine Kandidatur aus ihrer Sicht ausschloss. Gleichzeitig erklärten namhafte schiitische Politiker, nicht zuletzt Ministerpräsident Maliki, dass „Ba'thisten Gewalt und Diktatur zurückbringen wollen und deshalb von der Wahl auszuschließen sind.“<sup>13</sup> Da von dem Ausschluss prominente sunnitisch-arabische Parteien und Politiker betroffen waren, vermutete ihre Wählerschaft hinter der Aktion selbst und den sie begleiteten Äußerungen nicht von ungefähr eine konzentrierte Aktion der Schiiten, um einen sunnitischen Machtzuwachs zu verhindern. Innerhalb weniger Tage eskalierte die Situation, die Wahl selbst geriet in Gefahr. Nachdem die „Unabhängige Hohe Wahlkommission“ (Independent High Election Commission – IHEC) zunächst den summarischen Ausschluss von Parteien für illegal erklärt hatte, hob sie am 3.2.2010 auch die „Verbannung“ der 511 Einzelkandidaten formell auf.<sup>14</sup> Gleichzeitig versah sie die Rehabilitierten aber mit einem schweren Handicap: nur diejenigen konnten sich erneut bewerben, die gegen den JAC-Bescheid Widerspruch eingelegt hatten. Das betraf ganze 177 Personen. Nach IHEC-Informationen hätten davon auch nur 37 der Einsprüche juristischen Kriterien standgehalten. Am Ende traten nur 26 der ursprünglich ausgeschlossenen 511 Kandi-

daten tatsächlich zur Wahl an.<sup>15</sup> Folgerichtig blieb die Wahlkampfatmosphäre nachhaltig vergiftet.

Dennoch zeichnete sich gegenüber früheren Parlamentswahlen ein neuer Trend ab, der vor allem in der Übernahme und im Ausbau von Malikis „Erfolgsrezept“ bei den Provinzratswahlen vom Januar 2009 bestand. Analysen der damaligen Verlierer hatten nämlich ergeben, dass die irakischen Wähler das weitgehende Versagen des Staates bei der Erfüllung seiner Kernaufgaben mit dem Wirken der bisher dominierenden ethnisch bzw. konfessionell definierten politischen Kräfte in Verbindung gebracht hatten. Deshalb setzte man gezielt Schlagworte wie „Stabilität“, „Sicherheit“, „Nation“, „Irak“, „Patriotismus“ als Komponenten eines Kontrastprogramms ein, dessen politische Durchschlagskraft Maliki – wie erwähnt – als erster erkannt hatte, dessen sich aber inzwischen auch alle wichtigen Kontrahenten bedienten. Äußerlich war der Trendwechsel u.a. am fast völligen Fehlen religiöser Losungen, geistlicher Kandidaten oder verschleierter Frauen im Wahlkampf auszumachen. In der Substanz zeigte er sich im Entstehen bislang unbekannter Wahlblöcke. Hierzu zählten vor allem:

- die „Irakische Nationalallianz“ (Iraqi National Alliance – INA), deren wichtigste Einzelpartei der ISCI unter Ammar al-Hakim ist. Als Überraschung galt das Mitwirken von Muqtada as-Sadr und seinen Anhängern, hatte er doch den ISCI seit 2003 immer wieder der Kollaboration mit den USA und der Missachtung irakischer Interessen bezichtigt. Weitere Beteiligte waren Ibrahim al-Ja'fari „Nationale Reformbewegung“, Ahmad Chalabis „Irakischer Nationalkongress“ (Chalabi ist auch Co-Chef des JAC) sowie weitere kleinere Gruppen;
- die „Rechtsstaatskoalition“ (State of Law Coalition – SLC), dominiert von Ministerpräsident Malikis *Da'wa*-Partei, aber auch zahlreiche kleinere schiitische wie sunnitische Gruppen und Einzelpersonen umfassend; INA und SLC stellten somit die „Hauptbruchstücke“ der im August 2009 endgültig zerfallenen UIA dar, der unumstrittenen Siegerin der bisherigen Parlamentswahlen. INA schrieb diesen Bruch ausschließlich dem „tyrannischen Wirken“ Malikis zu;<sup>16</sup>
- die erst am 16.1.2010 offiziell vom früheren, nominell schiitischen Ministerpräsidenten Iyad

<sup>12</sup> Vgl. How Iraq's electoral system works. In: <http://english.aljazeera.net/focus/iraqelection2010/2010/03/20103228644280828.html>.

<sup>13</sup> Ebenda, 53 (2010) 3, S. 25.

<sup>14</sup> Vgl. Al-Sharq al-awsat, London, 4.2.2010.

<sup>15</sup> Vgl. Iraq's Uncertain Future... (FN 13), S. 27.

<sup>16</sup> Vgl. Al-Sharq al-awsat, London, 2.2.2010.

Allawi gegründete „Irakische Allianz“ (*Iraqiya*); in *Iraqiya* fanden die meisten prominenten sunnitischen Parteien und Politiker ihre Heimat. Dazu zählten beispielsweise Salih al-Mutlaq „Irakische Front des Nationalen Dialogs“ (*al-hiwar*), die „Erneuerungsliste“ von Vizepräsident Tariq al-Hashimi, der vordem auch Chef der „Irakischen Konsensfront“ (*al-tawafuq*) und der „Irakischen Islamischen Partei“ (IIP) gewesen war, die „Versammlung Nationale Zukunft“ (VNZ) unter Zafar-al-Ani sowie bekannte sunnitische Parlamentarier und Gouverneure wie die Gebrüder al-Nujaifi. Al-Mutlaq und al-Ani gehörten zu den bekanntesten von der JAC ausgeschlossenen Kandidaten;

- die seit den ersten Parlamentswahlen unveränderte „Kurdische Allianz“ aus KDP und PUK.

Trotz anderslautender Wahlkampflosungen und der bemühten Aufnahme von Kandidaten der jeweils anderen Konfession konnten die Listen aber nicht verbergen, dass sie in der Substanz weiterhin das bekannte Tableau ethnischer und konfessioneller Interessen widerspiegeln.

#### 4. Die Wahlergebnisse

Massiven Einschüchterungsversuchen des islamistischen Untergrunds und mehreren Bombenanschlägen selbst am Wahltag zum Trotz gaben 62 Prozent der wahlberechtigten Iraker am 7.3.2010 ihre Stimme ab<sup>17</sup> und bewiesen damit ein weiteres Mal ihren festen Willen, ihr Schicksal ungeachtet widriger Umstände selbst zu bestimmen. Allerdings kursierten bereits unmittelbar nach Schließung der 52.000 Wahllokale und dem Beginn der Stimmenaushöpfung erste Gerüchte über Unregelmäßigkeiten. Vor allem die knapp 42.000 Wahlhelfer hätten massiv zugunsten ihrer jeweiligen Favoriten eingegriffen. Solange Nuri al-Maliki unbeirrt behauptete, er liege nach ersten Auszählungen in Führung, kamen die Vorwürfe vor allem von seinen Gegnern.<sup>18</sup> Nachdem sich aber Nachrichten verdichteten, wonach Allawis *Iraqiya*-Liste auf ein sehr gutes Ergebnis zusteure, ging Maliki in die Offensive. Zunächst unterstützt vom kurdischen Präsidenten Talabani, forderte er eine erneute, ausschließlich manuelle Stimmenaushöpfung und streute über sein Umfeld die Behauptung, Allawi

käme laut Verfassung als Ministerpräsident überhaupt nicht in Frage, weil er eine libanesische Mutter habe.<sup>19</sup> Am 21.3.2010 stellte die IHEC jedoch klar, dass die von Maliki ins Feld geführte Verfassungsbestimmung vom Parlament kassiert worden sei; Allawis Kandidatur für höchste Ämter im Irak stünde somit rechtlich nichts entgegen.<sup>20</sup> Am 23.3.2010 trat Talabani von seiner Forderung nach erneuter Stimmenaushöpfung zurück. Vor diesem Hintergrund verkündete die IHEC am 26.3.2010 das Wahlergebnis.

Demnach habe die *Iraqiya*-Liste 91 der 325 Sitze gewonnen, knapp gefolgt von Malikis Rechtsstaatsallianz mit 89 Sitzen. Die INA belegte den dritten Platz mit 70 Mandaten, wovon allerdings 39 an die *Sadriyyun* entfallen seien. Die Kurdische Allianz habe 43 Mandate gewonnen. Die übrigen 32 Parlamentssitze seien an Unabhängige und Splitterparteien, sowie – nicht zuletzt – an die Vertreter der Minderheiten gegangen. Der UN-Gesandte im Irak, Ad Melkert, erklärte noch am Abend des 26.3., dass ihm keine Hinweise auf signifikante Wahlfälschungen vorliegen würden.<sup>21</sup>

Laut Verfassung muss der scheidende Präsident innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Bestätigung der Wahlergebnisse durch die IHEC das neue Parlament einberufen, das in einem ersten Schritt seinen Sprecher und dessen zwei Stellvertreter wählt. Danach bestimmt das Parlament aus einem Kreis von Nominierten den Staatspräsidenten mit Zweidrittelmehrheit. Sollte diese im ersten Wahlgang nicht erreicht werden, genügt in einer Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten des ersten Wahlgangs die einfache Mehrheit in einem zweiten Wahlgang (Artikel 70). Der neue Präsident muss nun – ebenfalls binnen fünfzehn Tagen – eine Person aus der stimmstärksten Liste mit der Regierungsbildung beauftragen. Gelingt das nicht innerhalb von dreißig Tagen, hat der Präsident das Recht, „eine andere Person“ zu nominieren (Artikel 76/3).<sup>22</sup> Nicht nur, dass die Verfassung offen lässt, ob die „andere Person“ aus der siegreichen Liste kommen muss, sie spezifiziert auch nicht, ob die „siegreiche Liste“ zwingend eine Einzelliste sein muss. Damit könnten letztlich auch Unterlegene vor der Nominierung Allianzen formen, die dann mehr Stimmen auf

<sup>17</sup> Vgl. MEES, 53 (2010) 11, S. 23.

<sup>18</sup> Vgl. Al-Rai al-Aam, Kuwait, 14.3.2010.

<sup>19</sup> Vgl. Al-Akhbar, Beirut, 23.3.2010.

<sup>20</sup> Vgl. Al-Sharq al-Awsat, London, 22.3.2010.

<sup>21</sup> Vgl. [http://www.ihec.iq/english/press\\_releases.aspx?id=2378](http://www.ihec.iq/english/press_releases.aspx?id=2378) (Zugriff 31.3.2010)

<sup>22</sup> Vgl. Iraq's Uncertain Future... (FN 13), S. 33.

sich vereinen als der Einzelsieger. Diese Unklarheiten verhießen jedenfalls eine außerordentlich schwierige Regierungsbildung.

## 5. Fazit

Der sich bereits bei den Provinzratswahlen vom Januar 2009 andeutende Trend der Rückbesinnung der irakischen Wählerschaft auf „nationale“ Tugenden wurde während der Parlamentswahlen vom März 2010 bestätigt. Die meisten Stimmen erhielten jene Politiker bzw. Wahlallianzen, welche die Verheißung auf Stabilität und Stärkung des irakischen Zentralstaats am glaubhaftesten verkörperten. Demgegenüber verloren mit einer vornehmlich ethnisch bzw. konfessionell definierten Agenda antretende Parteien erheblich und sanken auf das Niveau von Kleinparteien.<sup>23</sup> Nur scheinbar paradox dazu blieb aber die ethnische bzw. konfessionelle Grundausrichtung der Wahlblöcke bestehen: die Aufnahme von Kandidaten(gruppen) der jeweils anderen Konfession war kosmetischer Natur. In der Regel folgten die Wählerinnen und Wähler bei ihrer Stimmabgabe nach wie vor ihrem Glaubensbekenntnis bzw. ihrer ethnischen Herkunft. Die Kurdenallianz gewann die kurdischen Stimmen, *al-Iraqiya* sammelte fast alle sunnitischen Stimmen ein und die schiitische Bevölkerungsmehrheit verteilte ihre Stimmen dieses Mal zwischen INA und SLC.

Nicht genug, dass dadurch die Regierungsbildung enorm erschwert wird, auch die Nachbarstaaten mischten sich verstärkt ein. Den heftigsten Gegenwind seit der Stimmauszählung erhielt dabei Ministerpräsident Maliki. Sowohl Syrien als auch Saudi-Arabien und die Türkei ließen Vorbehalte gegenüber seiner Wiederwahl durchblicken. Im Inland äußerten die Kurden Kritik an Malikis Haltung im Kirkuk-Konflikt; Muqtada as-Sadr suchte unverhohlen eine Revanche für seine Niederlage von 2008. Selbst US-Vertreter gaben inoffiziell zu verstehen, dass ihnen Malikis Konkurrent Allawi näher stünde, nicht zuletzt auf Grund der unverändert festen Beziehungen Malikis zur Führung in Teheran. Als Kontrast dazu begleitet Allawi das Wohlwollen aller genannten Akteure – mit Ausnahme Irans.<sup>24</sup>

Diese Grundkonstellation führte schon unmittelbar nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses zu erbitterten Grabenkämpfen und gegenseitigen Vorwürfen zwischen *al-Iraqiya* und SLC. Je unversöhnlicher die Positionen wurden, desto kreativer suchte das „Schiitenlager“ nach einer Überwindung der internen Zerwürfnisse. So wollen SLC und INA ihre Mandate eventuell paritätisch aufteilen und notfalls auf eine erneute Nominierung Nuri al-Malikis verzichten. Muqtada al-Sadr schlug sogar die Wahl des Ministerpräsidenten per Referendum vor.<sup>25</sup> Für das sunnitische Lager waren alle diese Überlegungen inakzeptable Feinheiten, die Wahlsieger Iyad Allawi um seinen verdienten Lohn bringen sollen.

Die irakische Verfassung enthält keine dezierten Bestimmungen für eine längere Übergangsperiode. Je länger sich die Regierungsbildung hinzieht, desto größer wird der rechtsfreie Raum und desto wahrscheinlicher der erneute Ausbruch flächendeckender Gewalt, der zudem den Zeitplan des Truppenabzugsplans der USA in Gefahr bringen könnte. Mittelfristig werden der Ausgang der Parlamentswahlen vom 7.3.2010 und die Art seiner politischen Umsetzung den Charakter des irakischen Staates dennoch entscheidend bestimmen.

## Literatur

- Barber, Rusty (2010), *Iraqi voices entering 2010*, Washington/D.C.
- Cordesman, Anthony H. (2010), *Barriers to Reconciliation in Iraq: Tensions between Sunnis, Shi'ites, and Kurds, and the Role of External Powers*, Washington/D.C.
- Dunne, Charles W. (2010), *Iraq's National Elections 2010: the Parties, the Issues, and the Challenges for American Policy*, Williamsburg.
- International Crisis Group (2009), *Iraq's Uncertain Future: Elections And Beyond*. Middle East Report, 94, Brussels.
- Katzman, Kenneth (2009), *Iraq: Post-Saddam Governance and Security*, Washington D.C.

<sup>23</sup> Vgl. Al-Hayat, London, 29.3.2010.

<sup>24</sup> Vgl. Al-Akhbar, Beirut, 27.3.2010.

<sup>25</sup> Vgl. Al-Hayat, London, 1.4.2010.

## ■ Der Autor

Prof. Dr. Henner Fürtig ist Direktor des GIGA Instituts für Nahost-Studien (IMES). Spezialgebiet: Neueste Geschichte und Politik des Vorderen Orients, insbesondere der Golfregion; dazu zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Ausland.

E-Mail: fuertig@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/fuertig>.

## ■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Aktuell stehen die Entwicklungen im Irak im Blickfeld zweier unterschiedlicher Forschungszusammenhänge am GIGA: Die politische und soziale Neugestaltung eines ehemals autoritären Staates wird im Rahmen des Forschungsteams „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ im Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ untersucht und die andauernde konfessionelle und ethnische Prägung der politischen Entwicklung im Rahmen des Forschungsteams „Religion, Konflikt und Politik“ im Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ analysiert.

## ■ GIGA-Publikationen zum Thema

Fürtig, Henner (2009), The Absence of Nonsectarian Parties in the Iraqi Political Arena, in: Suwaidi, Jamal Sanad al- (ed.), *The Arabian Gulf between Continuity and Change*, Abu Dhabi: Emirates Center for Strategic Studies and Research (ECSSR), 159-185.

Fürtig, Henner (2008), „Die Geister, die ich rief ...“; der Irak auf dem Weg zum islamistischen Musterstaat?, in: Albrecht, Holger und Kevin Köhler (Hrsg.), *Politischer Islam im Vorderen Orient. Zwischen Sozialbewegung, Opposition und Widerstand*, Baden-Baden: Nomos, 99-120.

Fürtig, Henner (2008), Das „Status of Forces Agreement“ zwischen den USA und Irak: kein bequemes SOFA, *GIGA Focus Nahost*, 10, Hamburg: GIGA, online: <[www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost)>.

Fürtig, Henner (2008), Déjà vu im Zweistromland: Das britische Mandat als „Blaupause“ des neuen Irak?, in: *Internationale Politik*, 63, 1, 45-51.

Beck, Martin, Henner Fürtig und Hanspeter Mattes (2008), Herausforderungen deutscher Außenpolitik im Nahen Osten, *GIGA Focus Nahost*, 6, Hamburg: GIGA, online: <[www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost)>.



Der *GIGA Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <[www.giga-hamburg.de/giga-focus](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus)> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als *GIGA Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Nahost* wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes und André Bank; Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: <[giga-focus@giga-hamburg.de](mailto:giga-focus@giga-hamburg.de)>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

**G I G A** *Focus*  
German Institute of Global and Area Studies  
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM